

**Gemeinsamer Antrag  
der Fraktion Die Linke.  
und der SPD-Fraktion**

**öffentlich**

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	04.10.2010	Entscheidung

---

**Betreff**

**Keine Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke - Erneuerbare Energien fördern und ausbauen - Rekommunalisierung stärken**

---

**Inhalt**

Der Rat der Stadt Duisburg appelliert an die Bundesregierung, an die Fraktionen im Deutschen Bundestag, den NRW-Landtag und die NRW-Landesregierung

1. den Ausstiegsbeschluss aus der Atomkraft aus dem Jahr 2000 nicht durch eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke zu revidieren
2. den Ausbau erneuerbarer Energien und die weitere Energieeinsparung massiv zu fördern sowie
3. die Energieerzeugung und -vermarktung in kommunaler Hand zu sichern und zu steigern

**Begründung:**

Nicht erst seit Tschernobyl ist klar, dass gravierende Störfälle in Atomkraftwerken nicht nur regional, sondern global verheerende und unabsehbare Auswirkungen haben. Die Endlagerung für verbrauchte Brennelemente und atomaren Müll ist nirgendwo gelöst. Die Zwischenlagerung und die entsprechenden Transporte sind mit hohen Risiken verbunden. Die katastrophalen Verhältnisse in der Grube Asse und die absehbar milliardenschweren Kosten für den Versuch, die Risiken und Schäden zu begrenzen, sind eine ernste Warnung. Die derzeit betriebenen AKW sind in ihrer Mehrzahl überdies technisch veraltet (z.B. analoge Steuerung, Materialermüdung usw.). Der Weiterbetrieb setzt die Bevölkerung einem steigenden Katastrophenrisiko aus, bürdet vielen Generationen nach uns noch mehr strahlenden Atommüll auf, ermutigt Akteure in anderen Ländern zum Ausbau dieser Risikotechnologie, behindert massiv den Ausbau von erneuerbaren Energien und benachteiligt auf einschneidende Weise die kommunalen energiewirtschaftlichen Akteure.

Aus Gründen des Klima- und Katastrophenschutzes brauchen wir stattdessen den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und weitere Energieeinsparung. Fossile Energieträger – insbesondere Braun- und Steinkohle – müssen wegen ihrer klimaschädlichen Auswirkungen in den nächsten Jahrzehnten Zug um Zug ersetzt werden. Duisburg hat sich ambitionierte Klimaschutzkonzepte gegeben. Die Stadtwerke stehen in einem Umstrukturierungsprozess Richtung Nachhaltigkeit. Diese kommunalen Ziele werden durch die vorgesehene Laufzeitverlängerung für AKW konterkariert.

Aus Sicht des Rates ist die von Bundesregierung und interessierten Energiekonzernen betriebene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke nicht zu verantworten.